

# Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

spd Hannover, 18.7.47

## KP- Einheitspropaganda

Die systematisch durchgeführte Einheitspropaganda der Kommunisten in den Westzonen erweist sich mehr und mehr als ein Fehlschlag. Nicht nur, weil es nicht gelungen ist, auch nur eine Ortsgruppe der SPD zu gewinnen, sondern weil die aufgebauschten Erfolgsmeldungen der KP-Presse nichts als ein Schlag ins Wasser waren.

Die "Hannoversche Volksstimme" berichtete am 13.9.46, dass sich in St. Andreasberg und Uslar Vertreter der SPD in einer Versammlung für die Einheit ausgesprochen hätten.

Eine Nachprüfung ergab jedoch, dass in dem einen Falle der Vorsitzende der Ortsgruppe St. Andreasberg der SPD als Antwort auf die gehässigen und unehrerlichen Angriffe der FDP in einer öffentlichen Versammlung, in der keine Diskussion erlaubt war, vor der Gefahr eines Wahlsieges der FDP warnte und erklärte, keine Stimme dürfe dieser Partei gehören, sondern jede Stimme einer sozialistischen Partei.

In dem anderen Fall war der Sachverhalt noch einfacher, dort erklärten die Vertreter der SPD den KP/SEDisten, welche Stimmung für die Einheitspartei zu machen versuchten, sie brauchten nur Mitglied der SPD zu werden, dann wäre die Einheit da. Die KP-Presse verwandte diese Tatsachen zu der Erklärung: "Vertreter der SPD sprachen sich für die Einheit aus!"

+

spd Hannover, 18.7.47

Als Antwort auf die KP-Parole "Einheitsfront" veranstaltete der Unterbezirk Recklinghausen der SPD am 29. Juni 1947 eine Demonstration, die ausserordentlich erfolgreich verlief.

An diesem einen Tage waren 580 Neueinführungen zu verzeichnen. Damit zählt der Unterbezirk jetzt insgesamt 14 370 Mitglieder.

+

spd Hannover, 18.7.47

Der Mitgliederstand der SPD in Berlin betrug am 30.5.1947 insgesamt 55 021 Mitglieder, von denen 14 280 Frauen waren.

Von diesen Mitgliedern wohnten 15313 (darunter 4529 Frauen) im russischen Sektor, im amerikanischen 18768 (4497 Frauen), im britischen 10649 (2340 Frauen), und im französischen 10291 (2832 Frauen).

+

# Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

Verlag und Redaktion Hannover Georgstr.33

II/57

Hannover, 18. Juli 1947

Erneuerung  
von Peter Raunau

In diesen Tagen zeichnen sich in Deutschland die Konturen eines wichtigen neuen Abschnittes geistesgeschichtlicher Entwicklung ab. Besonders deutlich trat das auf der Detmolder Zusammenkunft führender Vertreter der evangelischen Kirche mit maßgebenden Männern der SPD in Erscheinung.

Die Fragen, die hier gründlich und in aufrichtiger Gesinnung behandelt wurden, sind noch in Fluss. So ist es auch verständlich, wenn man sich in der Berichterstattung darüber, was die Einzelheiten anlangt, einer gewissen Zurückhaltung befleißigt. Aber wer diesen Gesprächen, die schon etwas mehr als ein hoffnungsvoller erster Anfang in den Bemühen der beiden genannten Personengruppen waren, sich zu verstehen und daraus bestimmte praktische Schlussfolgerungen zu ziehen, beigewohnt hat, wird der Ansicht sein dürfen, dass er ein sehr bedeutendes politisches Ereignis miterlebte. Natürlich kommt das, was sich hier vollzog, nicht von ungefähr. Es ist vielmehr das Ergebnis von Entwicklungen, die sich seit längerem angebahnt und die ihren Ursprung wieder in den verschiedensten Ursachen haben: In der brutalen Lehre Hitlers, die seine gemeinsamen Feinde zueinander führte; noch wenn sie bis dahin selbst Gegner auf einer anderen Kampfbarriere waren, in der chaotischen Not schon der Zeit des Bombenkrieges, dann später der des verlorenen Krieges mit allen seinen umstürzenden Folgen, in den weltgeschichtlichen Perspektiven mit ihren immer passiver drohenden Gefahren und ihrem beklemmenden Ausblick auf eine neue Diktatur.

Demit ist der Ursprung der neuen Bestrebungen sowohl auf kirchlicher wie sozialistischer Seite gewiss nur in den wichtigsten Motiven angedeutet. Wer will, kann für die Annäherung sozialistischen und christlichen Barmherzigs Begründungen finden, die sehr viel weiter zurückgreifen und sehr viel tiefer in die Problematik von Vergangenheit und Gegenwart hineinführen. In Detroit geschah das auch in reichem Masse, von beiden Seiten in einer Weise, die ein überzeugender Beweis für die Möglichkeit war, in der Erforschung und Durchleuchtung solcher gewiss nicht immer übersichtlichen Zusammenhänge sehr gründlich zu sein, ohne die Wirklichkeit aus den Augen zu verlieren und ohne auf Gegenständlichkeit zu verzichten.

Worin besteht, grob skizziert, der Wandel? Die evangelische Kirche Deutschlands, und hier ist es zunächst nur einmal ein Teil, die Bekenntnis-Kirche, ist offenbar entschlossen, aus der gründlich gewandelten Zeit neue Erkenntnisse zu ziehen und neue Wege zu gehen. Sie will, so sagen ihre verantwortlichen Männer, stärker als es bisher geschah, ihr Gesicht und ihr geistlich-geistiges Barmherzigs denen zuwenden, die auf der Schattenseite des Lebens stehen und das ist heute in noch viel stärkerem Masse als es immer der Fall war die überwiegende Mehrheit. Sie will ihre allzu einsichtige Bindung an Besitz, Bürgerlichkeit, und konservative Elemente mit reaktionärem Einschlag aufgeben, sich in tätiger Hilfe und weit mehr, als es vereinzelt auch früher schon durch kirchliche Wohlfahrtseinrichtungen geschah, den Armen und Ärmsten zuwenden und sich auch vor Entscheidungen nicht scheuen, die einen Bruch mit der bisherigen, oft sehr fragwürdigen Praxis christlicher Barmherzigs und mit gewissen traditionellen Vorstellungen vom Standort und den Aufgaben der Kirche im Volk bedeuten. Man ist sich auf dieser Seite klar darüber, dass viele Versäumnisse nachzuholen sind, dass wesentliche Irrtümer korrigiert werden müssen, Irrtümer vor allem, die sich auf die innere und äussere Einstellung zum Sozialismus und seiner demokratischen politischen Form, der SPD, beziehen. Bei allem wird man sich nicht auf Deklamationen, auf eine neue Sprache, beschränken dürfen.

Und wie die Sozialdemokratie von der Kirche diesen Wandel und einen Verzicht auf dogmatische Engstirnigkeit erwartet, so ist die Kirche der Ansicht, dass die SPD aus ihrem politischen, ökonomischen und kulturellen Programm keine Heilslehre mit weltanschaulichem Anschliesslichkeitsanspruch werden lassen soll. Die SPD wird das umso eher tun können, als sie im Gegensatz zu den Behauptungen, die immer wieder von den verschiedensten Seiten aufgestellt werden, bewusst eine übersteigerte Bewertung von Doktrinen ablehnt, deren Gültigkeit wie alles Menschenwerk dem Wandel der Zeiten unterworfen ist, und in dem Menschen und seiner Freiheit, soweit sie ihr nur irgendwie gewährleistet werden kann, Ziel und Aufgabe aller Politik sieht - nicht im Staat, wie der Sozialdemokratischen Partei, aus Unwissenheit oder Barmherzigs, immer wieder vorgeworfen wird.

Auch für die Sozialdemokratie geht - und darin liegt ein wesentlicher Zug der Erneuerung, die sie durchmacht - die Atmosphäre des Aufklärungszitalters in der Politik zu Ende. Vernunft und Religion sind nicht mehr nur Gegensätze und werden auch von dem einfachen Mann nicht mehr als solche empfunden. Auch die Sozialdemokratie ist in eine neue Stufe ihres entwicklungsgeschichtlichen Werdeganges eingetreten, eine Stufe, die ihr nicht nur den Auftrag zu gesellschaftlicher Kritik und Opposition, sondern

18. Juli 1947

stärker als jemals zuvor den zu konstativer Tat gibt.

Darüber ist schon mehrfach gesagt worden, zuletzt in Erlangen und Nürnberg. Bei der Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zur Kirche handelt es sich dabei nicht um die einfache Belebung des alten liberalen Tolerierungsgrundsatzes, der zuletzt doch farblos blieb und nicht über das Ziel hinausging, Zusammenstöße zu vermeiden, sondern vielmehr um die Schaffung eines positiven Zusammenklangs.

Die Abgrenzung der politischen gegenüber der kirchlich religiösen Sphäre bleibt natürlich bei alledem bestehen, denn beides sind ganz verschiedene Funktionen im Leben eines Volkes. Wenn dem so ist, dann bleibt es allerdings ein grosses, und nachsichtlicher Anmassung gegenüber Unrecht, wenn eine einzelne Partei für ihren Namen den Begriff "christlich" reklamiert. Viele Einzelheiten bleiben zu klären.

Auch gibt es gewiss auf beiden Seiten Kräfte, die gemäss dem Eigengewicht, das ihnen innewohnt, von ihrer Verbundenheit mit althergebrachten Ideen und Vorstellungen schwer loskommen werden. Das ist natürlich und angesichts der Grösse des Wandels, der sich abbahnt, nicht anders zu erwarten. Sicher ist aber, dass das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit den neuen Erkenntnissen, die jetzt zum Durchbruch kommen scheinen, voll zustimmt und auf die Schlussfolgerungen aus ihnen vielleicht die letzte grosse Hoffnung setzt, die ihm geblieben ist.